

BUNDESREGIERUNG HAT ÜBERBLICK LÄNGST VERLOREN

Pressemitteilung Udo Hemmelgarn, Baupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 21. September 2021

„Während der Neubau bereits in der Ära Merkel durch irrwitzige ‚Klimaschutzvorgaben‘ und Bürokratie maßlos verteuert wurde und so bezahlbarer Wohnraum für Durchschnittsverdiener in Ballungszentren kaum noch entsteht, duldet und fördert die Bundesregierung weiterhin die ungehemmte Armutzuwanderung in unser Land. Damit verlagern sich die Probleme aus den Krisengebieten nach Deutschland und es entsteht zusätzlicher Druck auf den ohnehin vor dem Kollaps stehenden Wohnungsmarkt.“

„Damit verlagern sich die Probleme aus den Krisengebieten nach Deutschland und es entsteht zusätzlicher Druck auf den ohnehin vor dem Kollaps stehenden Wohnungsmarkt.“

- Udo Hemmelgarn, MdB

Wettbewerbsverzerrend wirkt dabei, dass Deutsche in Ballungsräumen nicht nur die eigene hohe Miete stemmen müssen, sondern auch noch die Miete und Lebensunterhalt der um den Wohnraum konkurrierenden Zuwanderer über Steuern und Sozialabgaben zwangsfinanzieren. Dabei haben die Verantwortlichen sowohl die Kontrolle als auch den Überblick verloren.

So weiß die Bundesregierung derzeit nicht, wer alles aus Afghanistan in Deutschland ankommt. Dies geht aus der Antwort auf eine schriftliche Anfrage (Monat September 2021, Arbeits-Nr. 9/212) hervor. Selbst die Anzahl der eingeflogenen Personen kennt die Regierung nach eigenen Angaben nicht "valide". Das verantwortliche Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat schätzt lediglich allein die Anzahl der Asylanträge von Personen, die von den USA nach Rammstein geflogen wurden bereits im unteren dreistelligen Bereich. Die Frage, ob die Sicherheitsinteressen der Menschen, die in Deutschland geboren sind, angesichts der jüngsten Messerattacke, bei der in Berlin zwei Menschen durch einen afghanischen Staatsangehörigen



verletzt wurden und der Tatsache, dass 14.750 (in Worten vierzehntausendsiebenhundertfünfzig!) Zuwanderer aus Afghanistan allein in 2020 einer Straftat verdächtigt wurden, in den Erwägungen der Bundesregierung zur Zuwanderung aus Afghanistan eine Rolle spielen, wurde lediglich mit dem Verweis auf den „Abgleich mit den polizeilichen Fahndungsdateien“ beantwortet.

Das Versagen der Merkel-Regierung beim Schutz der deutschen Grenze und den Interessen unserer Bevölkerung setzt sich bis zum letzten Tag ihrer Amtszeit fort. Die Wähler entscheiden am 26. September auch darüber, ob dieser Weg darüber hinaus fortgesetzt wird.“